

Betzendahl & Kaiser

Anwaltssozietät und Notariat

Carl-Severing-Strasse 97 a
33649 Bielefeld

Telefon: (0521) 94 666 - 0
Telefax: (0521) 94 666 - 22

E-Mail: kanzlei@rae-be-ka.de
Homepage: www.rae-be-ka.de

Erben und Vererben

Erben und Vererben, die beiden Seiten der Rechtsnachfolge. Dieses Thema gewinnt immer mehr an Bedeutung, weil die vom Gesetzgeber eröffneten Gestaltungsmöglichkeiten helfen, einerseits Streit zu vermeiden und andererseits - manchmal in langfristiger Perspektive - Steuern zu sparen. Dabei ist zuerst wichtig:

- *will ich bereits zu Lebzeiten Vermögenswerte übertragen, z. B. ein Hausgrundstück oder möchte ich die Verfügungsbefugnis darüber zunächst behalten?*

Verfüge ich zu Lebzeiten, übertrage ich z. B. ein Haus auf eines meiner Kinder, unterliegt dies der Schenkungssteuer. Verfüge ich erst von Todes wegen, z. B. durch ein Testament, unterliegt dies im Todesfall der Erbschaftssteuer. Die Freibeträge und die Steuersätze sind für beide Steuerarten identisch. Fallen eine Verfügung unter Lebenden und Rechtsnachfolge nach einem späteren Sterbefall in einem Zeitraum von 10 Jahren zusammen, werden beide - ggf. nachträglich - in der Erbschaftssteuer zusammengerechnet, so dass sich erhebliche steuerliche Belastungen ergeben können. Unter Umständen empfiehlt es sich deshalb, frühzeitige Verfügungen unter Lebenden vorzunehmen, um zu erreichen, dass nach Ablauf von 10 Jahren ein etwa in der Schenkungssteuer verbrauchter Freibetrag in der Erbschaftssteuer neu zur Verfügung steht. Diese Fragen stellen sich oft gerade bei dem Wunsch, die Nachfolge eines Gewerbebetriebes zu sichern. Darüber hinaus sollte man sich vergegenwärtigen, dass bei der derzeitigen Lage der öffentlichen Haushalte nicht mit Senkungen der Schenkungs- / Erbschaftssteuer zu rechnen sein dürfte; vielmehr ist zu erwarten, dass jede Regierung für den Steuerpflichtigen nachteilige Änderungen vornehmen wird. Dies dürfte insbesondere für Personen gelten, die mit einem Übergeber oder Erblasser nicht unmittelbar, sondern weiter entfernt verwandt wären.

Allerdings - und dies darf nicht unterschätzt werden: Ist einmal unter Lebenden verfügt, ist der Vermögensgegenstand weg. Selbst bei Sicherung eines Übergebers führt die Rückholung eines Vermögensgegenstandes in der Regel wiederum dazu, dass Steuerpflicht ausgelöst wird, in der Regel zu wesentlich ungünstigeren Steuerfreibeträgen als beim Erstgeschäft. Treten überdies später unter Umständen Meinungsverschiedenheiten zwischen Übergeber und Übernehmer auf, ist eine Rückforderung in der Regel sehr schwierig. Es sollte deshalb im Rahmen intensiver und individueller Beratung über geeignete Sicherungsmittel, z. B. Vereinbarung von Wohnungsrechten, Nießbrauchsrechten etc. gesprochen werden. Außerdem empfehlen wir dringend, in Zweifelsfällen Ihren Steuerberater mit einzubeziehen und zu befragen. Unbedachte lebzeitige oder testamentarische Verfügungen können - einzeln oder zusammen - zu katastrophalen steuerlichen Konsequenzen führen. Dies gilt es, auf jeden Fall zu vermeiden.

Die Erbschaft

Nicht nur Aktiva, sondern auch Passiva - also Schulden - können vererbt werden. Anfangs stellt sich also immer die Frage:

- *will ich die Erbschaft annehmen oder nicht?*

Ausschlaggebender Zeitpunkt ist die Kenntnis vom Tod des Erblassers und die Tatsache, dass man als dessen Erbe in Betracht kommt. Es gilt eine *Ausschlagungsfrist von sechs Wochen*, diese ist nicht verlängerbar. Eine Erbausschlagung bedarf entweder notarieller Beglaubigung oder Abgabe vor dem zuständigen Nachlassgericht. Die Ausschlagungserklärung muss dort innerhalb der genannten Frist eingegangen sein. Nach deren Ablauf gilt die Erbschaft als angenommen. Es ist deshalb die frühzeitige Reaktion und Überlegung dringend zu empfehlen. Berücksichtigen Sie bitte auch Bearbeitungszeiten in den Notariaten und Postlaufzeiten.

Schlägt ein Erbe wirksam die Erbschaft aus, sind in der Regel dessen Abkömmlinge, also dessen Kinder und Enkel stattdessen zur Erbfolge berufen. Häufig führt dies zu einer Kette von Ausschlagungserklärungen; unter bestimmten Umständen bedürfen Ausschlagungen für minderjährige Kinder auch der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts. Zwar gilt die sechs Wochen-Frist für jede Generation neu, trotzdem ist sie häufig sehr eng bemessen.

Gilt die Erbschaft als angenommen, muss unter Umständen ein Erbschein beantragt werden. Dies kann vor einem Notar oder dem zuständigen Nachlassgericht geschehen. In komplizierten Fällen verweisen die Nachlassgerichte gern an die Notare. Die Kosten für die Beantragung eines Erbscheins sind beim Notar und beim Nachlassgericht in der Regel gleich hoch. In geeigneten Fällen kann es auch ausreichend sein, einen Erbschein nur für Grundbuchzwecke zu beantragen.

Erst der Erbschein ist die öffentliche Urkunde, die die Erbfolge ausweist. Er ist für die Berichtigung des Grundbuchs zwingend erforderlich. Auch verlangen Geldinstitute häufig Erbscheine bei höheren Vermögenswerten, dagegen empfiehlt es sich bei Sparvermögen in nur normalen Umfang, zuerst beim Geldinstitut nachzufragen. Eine Lösung kann hier auch sein, dass der Erblasser zu Lebzeiten über einzelne Konten durch eine Verfügung zu Gunsten Dritter auf den Todesfall verfügt hat. Derartige Formulare und Erklärungen halten die Geldinstitute vorrätig. Zur Auflösung des Nachlasses kann hilfreich auch sein, wenn der Erblasser eine über seinen Tod hinaus gültige Vollmacht bei dem Geldinstitut hinterlegt hatte.

Die letztwillige Verfügung

Darunter werden Testamente und Erbverträge verstanden. Erbverträge - also Verträge zwischen Erblasser und Erbe - bedürfen immer notarieller Beurkundung. Der Sinn liegt darin, dass die letztwillige Verfügung des Erblassers vertragliche Wirkung entwickelt und deshalb von diesem einseitig nicht mehr abgeändert werden kann, sondern nur mit Zustimmung des Vertragspartners.

Testamente können notariell beurkundet sein; der Vorteil hierbei ist, dass eine solche öffentliche Urkunde die Erbfolge eindeutig ausweist und damit den Erbschein ersetzt. Dagegen ist ein handschriftliches Testament zwar auch wirksam, weist die Rechtsnachfolge aus sich heraus; hier muss in der Regel der Erbschein beantragt werden. Auf einen simplen Satz gebracht, bedeutet dies: Entweder bezahlt der Erblasser das Testament oder der Erbe den Erbschein. Meist sind die Kosten wegen gestiegener Werte für ein späteren Erbschein höher.

Ein handschriftliches Testament muss eigenhändig und vollständig handschriftlich geschrieben sein. Bei einem gemeinschaftlichen Testament - was jedoch nur Ehegatten, nicht Lebenspartner errichten dürfen - reicht es, wenn einer der Beteiligten den Text schreibt, der andere darunter gesondert in eigener Handschrift

Betzendahl & Kaiser

Anwaltssozietät und Notariat

erklärt, mit dem vorstehenden Inhalt einverstanden zu sein. Der Text muss den Willen, eine letztwillige Verfügung zu errichten, erkennen lassen, z. B. durch die Überschrift "Testament". Darüber hinaus müssen Ort und Datum der Errichtung sowie vollständige Unterschriften aller Beteiligten vorhanden sein.

Vor einem Notar errichtete Testamente muss dieser bei dem für ihn zuständigen Amtsgericht hinterlegen; gleiches gilt für Erbverträge, wenn dies die Parteien wünschen. Ansonsten kann auch der Notar diese verwahren. Handschriftliche Testamente können persönlich bei Gericht hinterlegt werden. Die Hinterlegung stellt sicher, dass das Testament nach dem Tode des Erblassers auch aufgefunden und eröffnet wird. Das Hinterlegungsgericht wird nämlich vom Geburtsstandesamt über den Sterbefall informiert. Nur der Erblasser persönlich kann ein Testament, sei es ein notarielles oder handschriftliches, wieder aus der amtlichen Verwahrung entnehmen. Es gilt dann allerdings als widerrufen und ist nicht mehr wirksam.

Grundsätzlich ist die zuletzt errichtete letztwillige Verfügung die gültige. Durch eine spätere werden frühere Verfügungen aufgehoben. Auch ein späteres handschriftliches Testament kann ein früheres notarielles aufheben oder umgekehrt. Allerdings können frühere, etwa noch vorhandene letztwillige Verfügungen zur Auslegung herangezogen werden.

Gestaltungsmöglichkeiten

Die Gestaltungsmöglichkeiten bei letztwilligen Verfügungen sind vielfältig. Der Gesetzgeber hat verschiedene Instrumente normiert, die eingesetzt werden können, z. B. die Anordnung einer direkten Erbfolge, die Ausschließung einer Erbfolge, die Anordnung einer Vor- und Nacherbschaft, einer Testamentsvollstreckung oder die Aussetzung von Vermächtnissen und Auflagen.

In der notariellen oder anwaltlichen Beratung kommt es darauf an, zunächst die familiäre Situation der Beteiligten festzustellen, dann deren Wünsche und Vorstellungen zu erforschen und dann das gesetzliche Instrumentarium so einzusetzen, dass diese sowohl von den juristischen Auswirkungen wie auch in ihrer unzweideutigen Formulierung dem Willen des Erblassers bestmöglich entsprechen. Dies bedarf in der Regel intensiver Gespräche und der Vorlage eines Entwurfes zur Kontrolle durch die Beteiligten und zu deren besseren Verständnis. Erst dann sollte eine Beurkundung oder Errichtung des Testamentes erfolgen. Bei der Komplexität individueller Familiensituationen empfiehlt es sich dringend, jede Oberflächlichkeit zu

Betzendahl & Kaiser

Anwaltssozietät und Notariat

vermeiden. Dies gilt insbesondere bei dem Versuch, bestimmte Personen aus der Erbfolge auszuschließen; hier muss geprüft werden ob und inwieweit Pflichtteilsrechte bestehen, die regelmäßig nicht entzogen werden können.

Andererseits sollte die testamentarische Regelung gerade bei Ehegattentestamenten so flexibel gestaltet werden, dass ein überlebender Ehegatte noch Bestimmungen ändern oder neu treffen kann, je nach dem, welche Lebenssituation er selbst später vorfindet. Fehlen solche Abänderungsvorbehalte, ist der überlebende Ehegatte unter Umständen an früheren gemeinsame Bestimmungen gebunden. Solches gilt insbesondere für das bekannte "Berliner Testament". Wir raten deshalb besonders hier zur Vorsicht.

Eine umfassende individuelle Beratung ist immer empfehlenswert. Die der Notare ist in der Regel immer kostengünstiger als die der Rechtsanwälte; bei dem selben Geschäftswert liegen die Gebührensätze nach der Kostenordnung für Notare deutlich niedriger als nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz. Der Notar, der den Entwurf eines Anwaltskollegen beurkundet, verdient seine Gebühren gesondert und zusätzlich zu den Kosten, die für den Anwalt entstehen. Bei Kollegen, die sowohl Notar wie auch Rechtsanwalt sind, ist deshalb von vornherein zu klären, in welcher Funktion sie tätig werden sollen.

Die juristische Fachsprache erscheint gegenüber der Umgangssprache kompliziert und schwer verständlich. Sie bietet jedoch den eindeutigen Vorteil, unzweideutige Begriffe zu verwenden, die gerade Streit vermeiden. Die juristische Beratung garantiert aber darüber hinaus auch, dass keine sachlichen Fehler gemacht werden. Z. B. geht das Gesetz von einer Gesamtrechtsnachfolge aus. Ein Erbe ist Alleinerbe, mehrere Erben sind Miterben in Erbengemeinschaft. Erst Ihnen obliegt es, den Nachlass später nach dem Sterbefall einvernehmlich auseinander zusetzen. Deshalb ist es ein häufiger Fehler, wenn in Testamenten die Zuweisung einzelner Nachlassgegenstände oder einer Summe von solchen vorgenommen wird, ohne eindeutig eine Erbfolge geregelt zu haben. Die meisten Erbstreitigkeiten leiten sich daraus ab, dass entweder überhaupt keine oder nur unklare oder mehrdeutige Regelungen getroffen worden sind. Es sollte nicht der Arbeit der Anwälte und Richter überlassen bleiben, im Nachhinein zu versuchen, den wahren Willen des Erblassers herauszubekommen. Es ist sicherer und effektiver, zu Lebzeiten juristische und steuerrechtliche Beratung zu nutzen, um klare und unzweideutige Regelungen der Rechtsnachfolge zu treffen. Dafür stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.